

Effizienzsteigerungen vor Leistungsbegrenzungen

Der Verwaltungsrat der Techniker Krankenkasse (TK) vertritt die Interessen der rund 12,3 Millionen TK-Versicherten und Beitragszahlenden. Sein Ziel ist es, eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu sichern und auszubauen, die auch langfristig solidarisch finanzierbar ist. Angesichts steigender Ausgaben und wachsender demografischer Belastungen ist es dringend erforderlich, die Strukturen effizienter zu gestalten, bevor darüber nachgedacht wird, Leistungen zu begrenzen. Hierzu stellt der TK-Verwaltungsrat folgende vier Forderungen auf:

1. Krankenhausstrukturreform umsetzen

Der TK-Verwaltungsrat sieht mit Sorge, dass das Krankenhausreformanpassungsgesetz (KHAG) die ursprünglichen Ziele der Krankenhausreform verfehlt. Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern haben eine umfassendere Reform und Modernisierung der Krankenhauslandschaft verhindert. Statt effizientere Strukturen und eine bessere Qualität in der Versorgung zu schaffen, verwässert das KHAG zentrale Reformelemente des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) und zementiert überholte Strukturen. Besonders kritisch ist der Umgang mit dem Transformationsfonds. Dieser soll eigentlich die strukturelle Neuausrichtung der Krankenhauslandschaft finanzieren. Durch die KHAG-Änderungen können mit diesen Mitteln die seit Jahren durch die Länder vernachlässigten Investitionsförderungen quersubventioniert werden.

Die Krankenhausplanung und damit ein ganz zentraler Punkt der Reform liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer. Sie tragen angesichts der erweiterten Handlungsspielräume eine besondere Verantwortung. Der TK-Verwaltungsrat fordert sie und alle Akteure des Gesundheitswesens dazu auf, die Reformziele nicht aus dem Auge zu verlieren. Ziel ist ein Netzwerk von Grundversorgern und spezialisierten Kliniken, das flächendeckend hochwertige Versorgung sicherstellt. Dabei sollen Überkapazitäten reduziert werden, um die Qualität der Versorgung zu verbessern und die Ressourcen effizienter zu nutzen.

2. Arzneimittelpreise in Deutschland an internationales Niveau angleichen

Deutschland zahlt für viele Medikamente deutlich mehr als andere Länder in der Europäischen Union und weltweit. Die TK hat in einer aktuellen Analyse gezeigt, dass die Arzneimittelpreise in Deutschland im internationalen Vergleich stark überhöht sind. Das belastet die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und damit die Beitragszahlenden. Bei den 30 umsatzstärksten Medikamenten könnten durch eine Angleichung an das internationale Preisniveau jährlich mehrere Milliarden Euro GKV-Ausgaben eingespart werden.

Der TK-Verwaltungsrat appelliert an den Gesetzgeber, im Rahmen der Arzneimittelversorgung stärkere Preis- und Rabattmechanismen zu etablieren, die sich am internationalen Markt orientieren. Hierzu gehört, den Umsatzsteuersatz für Arzneimittel von 19 Prozent auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent abzusenken und die Herstellerabschläge für patentgeschützte Medikamente auf 17 Prozent von gegenwärtig sieben Prozent zu erhöhen. So kann die GKV durch konkrete, kurzfristig umsetzbare Maßnahmen finanziell entlastet werden.

3. Versicherungsfremde Leistungen sachgerecht finanzieren

Die gute Versorgungsqualität für gesetzlich Versicherte in Deutschland beruht auf zwei Steuerungskonzepten: soziale Selbstverwaltung und Wettbewerb. Anstatt diese politisch zu stärken, hat der Gesetzgeber die Handlungsspielräume der sozialen Selbstverwaltung zunehmend eingeengt und in ihre Kompetenzen eingegriffen. Immer wieder wird auf die Beiträge der Versicherten zurückgegriffen, um gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren. Dazu gehören beispielsweise Leistungen, die der sozialen Sicherung der gesamten Bevölkerung dienen, wie die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige oder die Krankenkassenbeiträge von Bürgergeldbezieherinnen und -bezieher, die nicht ausreichend vom Bund refinanziert werden. Diese Praxis lehnt der TK-Verwaltungsrat ab. Strukturpolitik und die Finanzierung staatlicher Aufgaben müssen aus allgemeinen Steuermitteln erfolgen und dürfen nicht die Beitragszahlenden der Sozialversicherungen belasten.

Der TK-Verwaltungsrat fordert, dass der Gesetzgeber die GKV mit ausreichend Steuermitteln ausstattet, wenn er ihr versicherungsfremde Leistungen überträgt. Der Bundeszuschuss muss zudem kurzfristig an die steigenden Ausgaben angepasst und dynamisiert werden.

4. Digital vor ambulant vor stationär

Das Versorgungssystem braucht mehr Effizienz, Bedarfsgerechtigkeit und Qualität für die Patientinnen und Patienten. Lange Wartezeiten auf Facharzttermine sind ein Symptom der Probleme im ambulanten System: Es mangelt an klaren Anlaufstellen und Behandlungswegen.

Der TK-Verwaltungsrat fordert daher, ein Primärversorgungssystem nach dem Prinzip „digital vor ambulant vor stationär“ umzusetzen. Dieses soll neue Wege für den Zugang zur vertragsärztlichen Versorgung wie auch zur Koordination innerhalb der Regelversorgung schaffen. Hierzu wird eine verbindliche digitale Ersteinschätzung für alle neuen Behandlungsanlässe sowie eine zentrale digitale Terminplattform benötigt. Die Ersteinschätzung sollte in den Händen der Selbstverwaltung bleiben. Diese Aufgabe umfasst auch, die Rahmenbedingungen für ein solches System zur Ersteinschätzung festzulegen. Sollten externe Akteure in die Terminvergabe einbezogen werden, sind sie an den Kosten zu beteiligen. So könnten mit einem digitalbasierten Primärversorgungssystem die Struktur der ambulanten Versorgung grundlegend reformiert, die Terminsituation verbessert und die Versorgungsqualität langfristig gesteigert werden.

Wir als Mitglieder des TK-Verwaltungsrats erklären mit diesen vier Forderungen unser klares Bekenntnis zu einer versorgungsstarken und gleichzeitig kostenbewussten GKV. Wir appellieren an die Bundesregierung, die Koalition sowie die Landesregierungen, die vorgestellten Maßnahmen zügig in die gesetzliche und regulatorische Praxis zu überführen. Nur durch ein gemeinsames Handeln für effizientere Krankenhausstrukturen, gerechte Arzneimittelpreise, eine auskömmliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen und den konsequenten Ausbau digitaler Versorgungsformen in einem wettbewerblichen, selbstverwalteten System können wir die Qualität der Gesundheitsversorgung und die Finanzierung der GKV nachhaltig sichern.